



17. Januar 2017

Newsletter für das Forum für Rechtsetzung Nr. 23

Aktuelle Informationen zur Rechtsetzung im Bund

1. Stolperfälle «Parallelität der Form».....	1
2. Vernehmlassungsverfahren: Neuerungen im Internet.....	2
3. Verweise auf bestimmte EU-Rechtsakte in Bundesgesetzen.....	2
4. Umsetzung von EU-Recht. Die Internetseiten der Sprachdienste der Bundeskanzlei überarbeitet	3
5. Veranstaltungen	4
6. Neue Publikation	4
7. Ausblick auf die 29. Veranstaltung vom 23. Februar 2017: Verwaltungssanktionen und fahnenkompatible Darstellung von Anträgen	5
8. Werkstattbericht: Bürokratiekostenabbau durch Transparenz über Regulierungskosten. Erfahrungen aus Deutschland	5
9. Rückblick auf die 28. Veranstaltung vom 27. Oktober 2016: Qualité de la réglementation et allègement de la charge administrative	7

1. Stolperfälle «Parallelität der Form»

An sich ist die Regel eine Selbstverständlichkeit, und doch muss man manchmal gut aufpassen, um sie einzuhalten: Die sogenannte *Parallelität der Form*, auch bekannt als: *normative Äquivalenz*. Dieser Grundsatz will, dass ein Erlass nur durch Erlasse derselben Stufe geändert oder aufgehoben wird. Noch genauer: durch Erlasse desselben Typs und desselben Rechtsetzungsorgans (siehe GTR¹ Rz. 271).

In zwei Situationen geschieht es hin und wieder, dass die eine oder andere Verordnung einer anderen Normstufe in die Liste der geänderten Erlasse rutscht: in Verordnungen unter der Rubrik «Änderung anderer Erlasse» und bei Verordnungspaketen. Besonders tückisch ist das bei Verordnungen von anderen Organen als dem Bundesrat, die schlicht den Titel «Verordnung über ...» tragen. Richtig wäre nach den GTR heute beispielsweise «Verordnung des EJPD über ...» oder «Verordnung des BWL über ...» (GTR Rz. 4–7). Übrigens: Verord-

¹ Gesetzestechnische Richtlinien des Bundes, www.bk.admin.ch > Themen > Gesetzgebung > Gesetzestechnik

nungstitel, die dieser Regel noch nicht entsprechen, sollte man bei der Gelegenheit einer Revision anpassen.

Man sollte sich also nicht auf die Titel verlassen, sondern in jedem Fall den Ingress der zu ändernden Erlasse kontrollieren, um sicher zu sein, dass man ihre Normstufe und das erlassende Organ richtig identifiziert hat.

Die Parallelität der Form kennt übrigens Ausnahmen. GTR Rz. 272 und 273:

«272 Ausnahme 1: Mit einem übergeordneten Erlass (z.B. Bundesratsverordnung) kann ein untergeordneter Erlass (z.B. Departementsverordnung) als Ganzer aufgehoben werden, vorausgesetzt, auf der untergeordneten Stufe müssen keine neuen Bestimmungen erlassen werden. Die Bundesversammlung hebt allerdings Verordnungen des Bundesrates nicht auf.

273 Ausnahme 2: Die Aufhebung oder Änderung eines Erlasses kann delegiert werden, z.B. in einer Verordnung des Bundesrates an das betreffende Departement.»

Bundesamt für Justiz, Fachbereiche Rechtsetzungsbegleitung I/II

2. Vernehmlassungsverfahren: Neuerungen im Internet

Lead einer Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 1. Dezember 2016:

«Die Internetseite mit den geplanten Vernehmlassungen wurde überarbeitet. Die wichtigste Neuerung: Diese Seite wird ab sofort täglich aktualisiert. Sie berücksichtigt laufend den neuesten Stand der Planung in den Departementen, der Bundeskanzlei und den Parlamentsdiensten. Zudem ist es nun möglich, einen neuen Dienst zu abonnieren: Mit einem E-Mail wird man über jede neue Eröffnung eines Vernehmlassungsverfahrens informiert.»

Ganze Medienmitteilung: www.news.admin.ch > Suche einschränken auf die Bundeskanzlei und auf den 1. Dezember 2016.

3. Verweise auf bestimmte EU-Rechtsakte in Bundesgesetzen

Es ist unangenehm, ein Gesetz ändern zu müssen, obwohl sich eigentlich nichts ändert. Dazu kann es aber kommen, wenn das Gesetz auf einen bestimmten EU-Rechtsakt verweist. Es kann geschehen, dass die EU eine Totalrevision dieses Rechtsakts (insb. Neufassung/Kodifikation mit neuer Nummer) vornimmt, die, übertragen auf das Bundesrecht, auf Gesetzesstufe aber eigentlich gar keine materielle Änderungen erfordern würde. Soll diese Revision im Landesrecht nachvollzogen werden, so muss der Verweis im Gesetz angepasst werden, ohne dass dies auch eine materielle Änderung bedeutet. Daher kann man – mit aller Vorsicht – die folgende Faustregel formulieren: Ein Gesetz sollte nicht ohne guten Grund auf einen bestimmten Rechtsakt der EU verweisen.

Um solche Verweise zu vermeiden, sollte man im jeweiligen Fall prüfen, ob auch mit einer allgemeineren Formulierung («das Recht der EU», «das Recht der wichtigsten Handelspartner der Schweiz») die fachlichen, politischen und rechtsstaatlichen Anforderungen erfüllt werden können.

Anders sieht es selbstverständlich auf Verordnungsstufe aus. In diesen kann (und soll man in der Regel) durchaus anstelle allgemeiner Umschreibungen auf konkrete Rechtsakte der EU

verweisen. Die Nachführung ist hier weitaus flexibler möglich. Wie solche Verweise formuliert werden, ist in den Randziffern 124–151 GTR geregelt.

Lösungen, bei denen im Gesetz auf die Nennung bestimmter Rechtsakte verzichtet und allenfalls auf präzise Verweise auf Verordnungsstufe ausgewichen wird, können unter anderem in den folgenden Situationen sinnvoll sein:

- Der betreffende Rechtsakt wird nur deklaratorisch genannt (d.h.: der Verweis hat eigentlich gar keine rechtliche Bedeutung, insbesondere wenn der Rechtsakt bereits aufgrund eines bilateralen Abkommens gilt; sogenannter Komfortverweis).
- Der Gesetzgeber steckt bei der Delegation von Rechtsetzungsbefugnissen dem Verordnungsgeber insofern einen Rahmen, als er eine eurokompatible Verordnungsregelung erwartet.

4. Umsetzung von EU-Recht. Die Internetseiten der Sprachdienste der Bundeskanzlei überarbeitet

Die Internetseiten der Sprachdienste der Bundeskanzlei zur Umsetzung von EU-Recht in schweizerisches Recht wurden grundlegend überarbeitet und stark gekürzt. Sie sind neu zu finden unter:

www.bk.admin.ch oder <http://intranet.bk.admin.ch> > Themen > Gesetzgebung > [Übernahme von EU-Recht](#)

Diese Seiten richten sich an Personen (vornehmlich in der Bundesverwaltung), die mit formalen Aspekten der Umsetzung von EU-Recht in schweizerisches Recht befasst sind und dazu Informationen und Hilfestellung erwarten. Es handelt sich um ein Informationsangebot, dessen Schwergewicht auf Fragen der Rechtsetzungsmethodik, der Gesetzesredaktion und der Gesetzestechnik liegt. Die Informationen bestehen überwiegend aus Links auf Informationsquellen und aus einigen kurzen Texten im Format PDF.

Inhalt der Seiten:

- Sammlung von Hilfsmitteln: Zugang zum EU-Recht, Faustregeln für die Umsetzung, Leitfäden, Standardformulierungen
- Hinweise zur Terminologie: Wie regelt man die Entsprechung von Ausdrücken des EU-Rechts und des CH-Rechts? TERMDAT als Informationsquelle
- Vergleich mit EU-Recht und Prüfung der Vereinbarkeit mit EU-Recht (als feste Bestandteile von Botschaften oder von Anträgen an den Bundesrat zum Erlass von Verordnungen)
- Abkommen mit der EU, Berichte des Bundesrates zur Europapolitik, Listen einzelner Bundesstellen zur Umsetzungsgesetzgebung
- parlamentarische Vorstösse zu europapolitischen Themen und Sammlung von Vorstössen, die redaktionelle oder gesetzestechnische Fragen der Umsetzung thematisieren
- Hinweise auf die Terminologie und die Gesetzestechnik in der Rechtsetzung der EU

Das Angebot der Sprachdienste der Bundeskanzlei ergänzt andere Angebote zur Umsetzung von EU-Recht, namentlich diejenigen des Kompetenzzentrums amtliche Veröffentlichungen

(KAV, BK), des Bundesamtes für Justiz (BJ) und der Direktion für europäische Angelegenheiten (DEA)².

5. Veranstaltungen

A. Séminaires de légistique de Jongny-sur-Vevey

23–24 novembre 2017 et 8–9 mars 2018. Délai d'inscription : 31 août 2017

www.chf.admin.ch > Services > Séminaires et cours > [Séminaires de légistique de Jongny-sur-Vevey](#)

B. Murtner Gesetzgebungsseminare

- Grundlagenseminar I (Rechtsetzungsmethodik): 3.–5.5.2017
- Grundlagenseminar II (Erlassredaktion): 22.–24.11.2017

www.bk.admin.ch > Dienstleistungen > Seminare und Kurse > [Murtner Gesetzgebungsseminare](#)

C. SGG/SEVAL: Regelungsflut

Gemeinsame Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung (SGG) und der Schweizerischen Evaluationsgesellschaft (SEVAL) am 7. September 2017 in Bern zur Thematik «Regelungsflut», Ideen zur «Eindämmung der Regelungsflut», prospektive Regulierungsfolgenabschätzung und retrospektive Evaluation von Regulierung.

Details demnächst unter www.sgg-ssl.ch

D. ZfR: Gute Gesetzessprache als Herausforderung für die Rechtsetzung

Tagung des Zentrums für Rechtsetzungslehre an der Universität Zürich zum Thema «Gute Gesetzessprache als Herausforderung für die Rechtsetzung». 12. September 2017.

www.rwi.uzh.ch > Institute & Forschungsstellen > [Zentrum für Rechtsetzungslehre](#)

6. Neue Publikation

Felix Uhlmann / Stefan Höfler (Eds.): Professional Legislative Drafters. Status, Roles, Education. Zürich / St. Gallen: Dike 2016

In verschiedenen Rechtssystemen und Staaten gibt es eine eigenständige Ausbildung zum spezialisierten «Gesetzesschreiber» resp. zur «Gesetzesschreiberin». Der vorliegende Band vergleicht das Schweizer System, das keine spezifisch ausgebildeten Gesetzesschreiber kennt, mit jenen in Grossbritannien, den Niederlanden, Polen, den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien, die alle in der einen oder anderen Form einen solchen Berufsstand kennen. Damit soll die Diskussion über Bedarf und Nutzen von «Professional Legislative Drafters» auch in der Schweiz lanciert werden.

² Alle diese Angebote sind auf der Einstiegsseite bei der BK verlinkt.

7. **Ausblick auf die 29. Veranstaltung vom 23. Februar 2017: Verwaltungssanktionen und fahnenkompatible Darstellung von Anträgen**

- Verwaltungssanktionen in Abgrenzung zum eigentlichen Strafrecht bzw. Verwaltungsstrafrecht.
- Formale Darstellung von Anträgen zu Erlassen, die im Parlament hängig sind (insb. Abweichungen von den Gesetzestechnischen Richtlinien GTR).

8. **Werkstattbericht: Bürokratiekostenabbau durch Transparenz über Regulierungskosten. Erfahrungen aus Deutschland**

Tel est le titre du workshop organisé le 21 novembre 2016 par l'Union des banques cantonales suisses.

Deux motions

Ce workshop s'inscrit dans la foulée des deux motions déposées en 2015, respectivement par le Conseiller national Karl Vogler³ et le Groupe Libéral-Radical⁴.

La première motion charge le Conseil fédéral de faire en sorte qu'une analyse précoce du besoin soit pratiquée pour toute réglementation nouvelle ou modifiée, accompagnée d'une analyse d'impact de la réglementation (AIR). La deuxième motion charge le Conseil fédéral de faire contrôler à l'avenir l'exactitude et la qualité de l'AIR par un organe indépendant.

Ces deux motions ont été adoptées par les chambres en 2016 et le Conseil fédéral devra donc leur donner suite. C'est dans cette perspective que l'Union des banques cantonales suisses a convié un cercle restreint de représentants de l'administration à un workshop qui se voulait tant l'occasion d'une présentation du modèle allemand, que d'une première discussion entre l'administration et les experts conviés: M. Johannes Ludewig, président du *Normenkontrollrat (NKR)* et M. Volker Wittberg, directeur du *Nationales Zentrum für Bürokratiekostenabbau (NZBA)*.

Pas contre les règles, mais contre les coûts qu'elles engendrent

D'entrée de cause, Hanspeter Hess, directeur de l'Union des banques cantonales suisses précise que les milieux de l'économie ne sont pas contre les règles, mais contre les coûts qu'elles engendrent.

Les motionnaires sont invités à présenter leur démarche. Karl Vogler inscrit sa motion dans le souci d'améliorer l'attractivité de la Suisse pour l'implantation des entreprises et insiste sur l'importance d'établir la transparence sur les coûts de la réglementation. Beat Walti, qui s'exprime au nom du groupe libéral radical, note que l'objectif visé est de « prendre de la hauteur » grâce à l'institution d'une autorité indépendante. Il ne sous-estime toutefois pas le risque de créer une nouvelle bureaucratie et est d'avis que la critique doit être examinée sérieusement.

³ Mo 15.3400. Eviter la bureaucratie grâce à l'analyse efficace des besoins et à l'évaluation des conséquences de la réglementation.

⁴ Mo 15.3445. Réduction de la bureaucratie. Faire analyser le coût de la réglementation par un organe indépendant.

Présentation du modèle allemand

Johannes Ludewig explique que le NKR est construit sur l'exemple hollandais qui a développé des méthodes pour quantifier les coûts de la réglementation. L'idée de base est que ceux qui décident d'une réglementation doivent pouvoir mesurer les coûts de cette dernière pour l'économie, les citoyens et l'administration. La mission du NKR est de vérifier que les coûts ont été correctement calculés. La position du NKR est transmise au cabinet du ministère concerné. Si le NKR exprime des réserves, son rapport est transmis au parlement et fait l'objet d'une publication. Le principe appliqué par le NKR, sous la dénomination « one in, one out », est que toute réglementation impliquant de nouveaux coûts doit être « neutralisée » par la suppression d'une réglementation induisant des coûts comparables. Selon Johannes Ludewig, la démarche du NKR a provoqué l'émergence d'une autre culture : Lorsqu'on légifère, on pense aux coûts. Il note avec satisfaction que le NKR a déjoué le pessimisme de certains et que plus personne aujourd'hui ne souhaite sa suppression.

Volker Wittberg présente un exemple pratique de réglementation évaluée (Europäische Lebensmittelinformationsverordnung und Durchführungsverordnung des Bundes) en mettant notamment en évidence les coûts induits par des règles sur la taille des caractères à utiliser pour l'information (cela a une conséquence sur la dimension des emballages) ou l'obligation d'indiquer les allergènes (la rigueur des obligations dissuade les artisans – notamment les boulangers – de varier leur offre). M. Wittberg insiste sur l'importance d'une évaluation qui implique tous les acteurs, des fabricants des produits aux communes qui assurent le contrôle des prescriptions, en passant par les distributeurs online et les milieux de la gastronomie. Il met en garde sur le risque de créer une nouvelle bureaucratie, en poursuivant l'objectif de la mesurer.

Le coût du modèle allemand

Le budget annuel du NKR est de 800 000 euros que se répartissent le Conseil (10 membres) et son secrétariat (15 personnes). Le salaire mensuel du président du NKR est de 2500 euros pour trois jours de travail par semaine. Comme l'explique M. Ludewig, c'est pour contrebalancer une rétribution plutôt modeste que les bureaux du NKR sont basés dans un lieu de choix : la Chancellerie. Cela confère un certain prestige au NKR.

Un modèle pour la Suisse ?

Sous l'égide du SECO, trois groupes de travail seront prochainement institués pour plancher sur les modèles étrangers du contrôle des études d'impact. Le modèle allemand en fera partie. L'objectif de ces groupes de travail est de préparer un papier de discussion qui sera présenté au Conseil fédéral à l'automne 2017.

Les participants au Workshop sont d'accord sur (au moins) un élément : il est peu probable que le coût – plutôt modeste – du modèle allemand puisse faire école en Suisse. A moins que le prestige d'un bureau dans la coupole dorée du Palais fédéral ne pèse assez lourd dans la balance...

Documentation

Le rapport annuel 2016 du NKR fait un bilan détaillé des 10 premières années d'activité de l'institution et présente plusieurs exemples pratiques de réglementations qu'il a évaluées, ainsi que les résultats obtenus.

Die Präsentationen des Workshops liegen dem Newsletter bei.

www.normenkontrollrat.bund.de > Presse > Pressemitteilungen > 21. September 2016: [10 Jahre NKR](#)

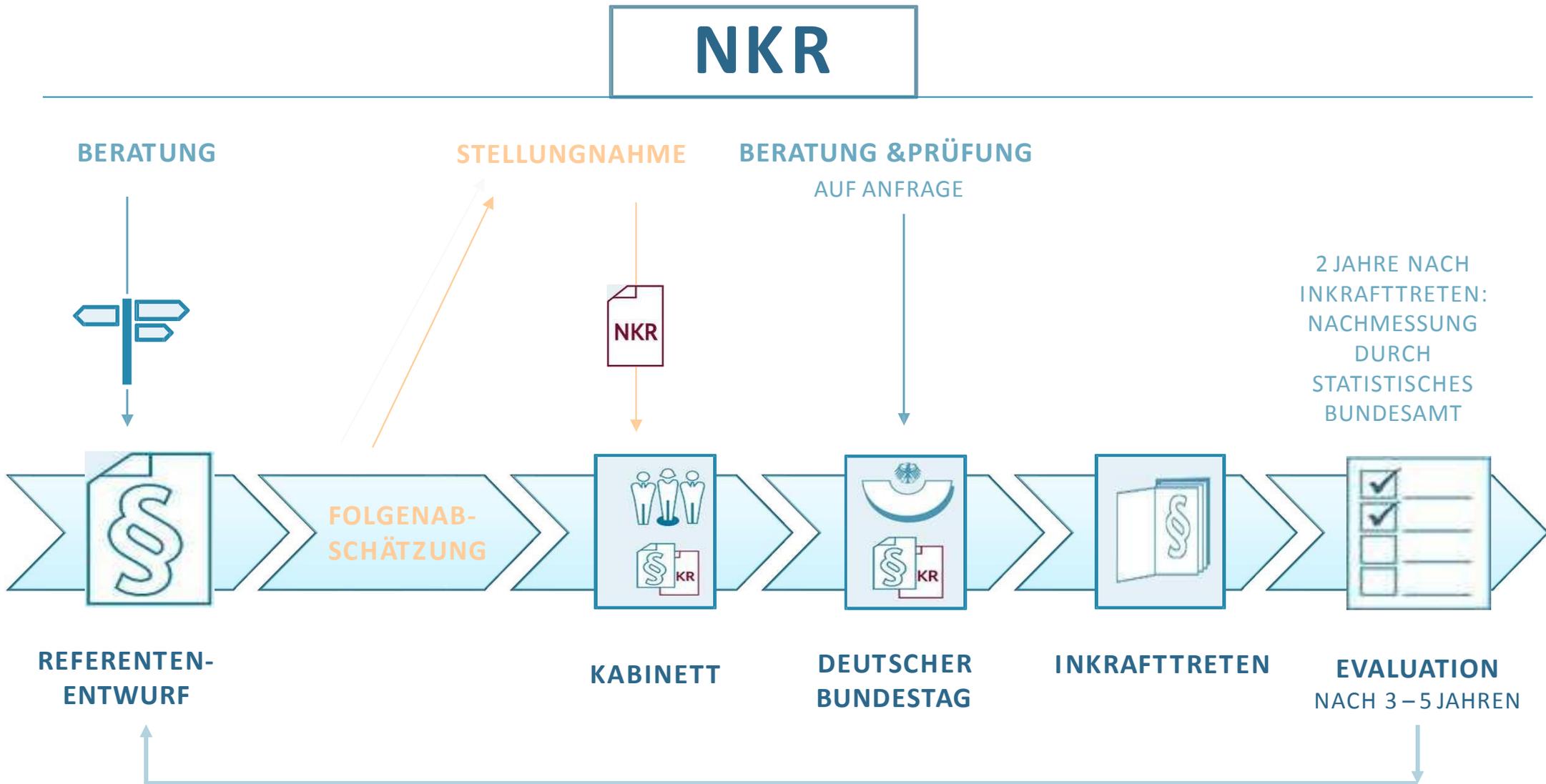
Nationaler Normenkontrollrat

Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung



Dr. Johannes Ludewig
Vorsitzender
des Nationalen Normenkontrollrates
Bern, 21. November 2016

Die Funktion des NKR im Gesetzgebungsprozess





Schwerpunkte der besseren Rechtsetzung

Ex ante Darstellung von Folgekosten

25% Abbauziel für die Bürokratiekosten

Ex post Evaluierung von Gesetzen

„One in one out“-Regel

Ex ante Verfahren bei EU-
Regelungsvorhaben

Lebenslagenbefragung von Bürgern und
Unternehmen

Schaffung von
Kostentransparenz

Reduzierung der Bürokratiekosten um rd. 12 Mrd. Euro

Überprüfung von Wirkungen

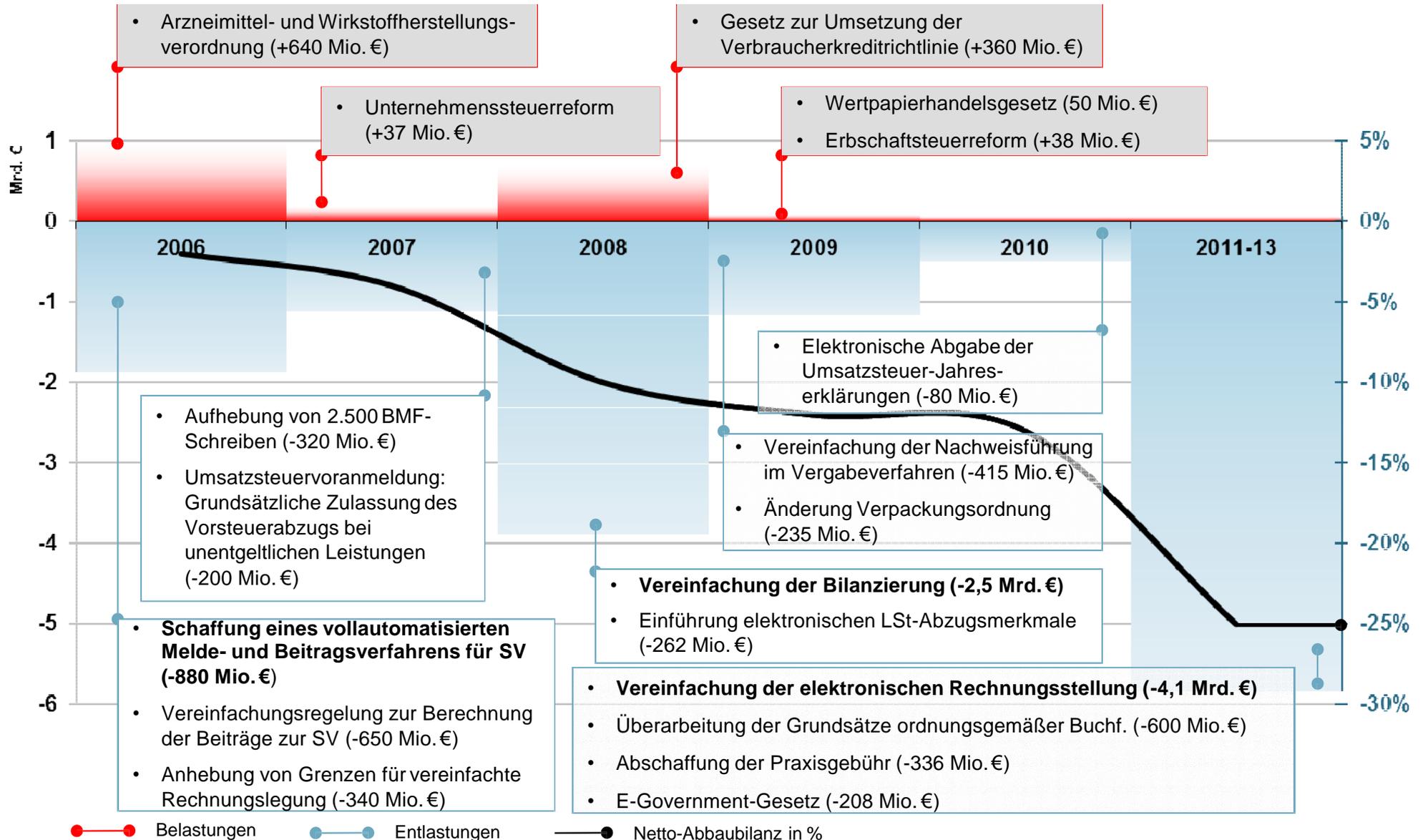
Systematische Begrenzung
der Kosten

Einbeziehung der EU-
Regelungsvorhaben in das
Transparenzverfahren

Nutzerorientierte Analyse

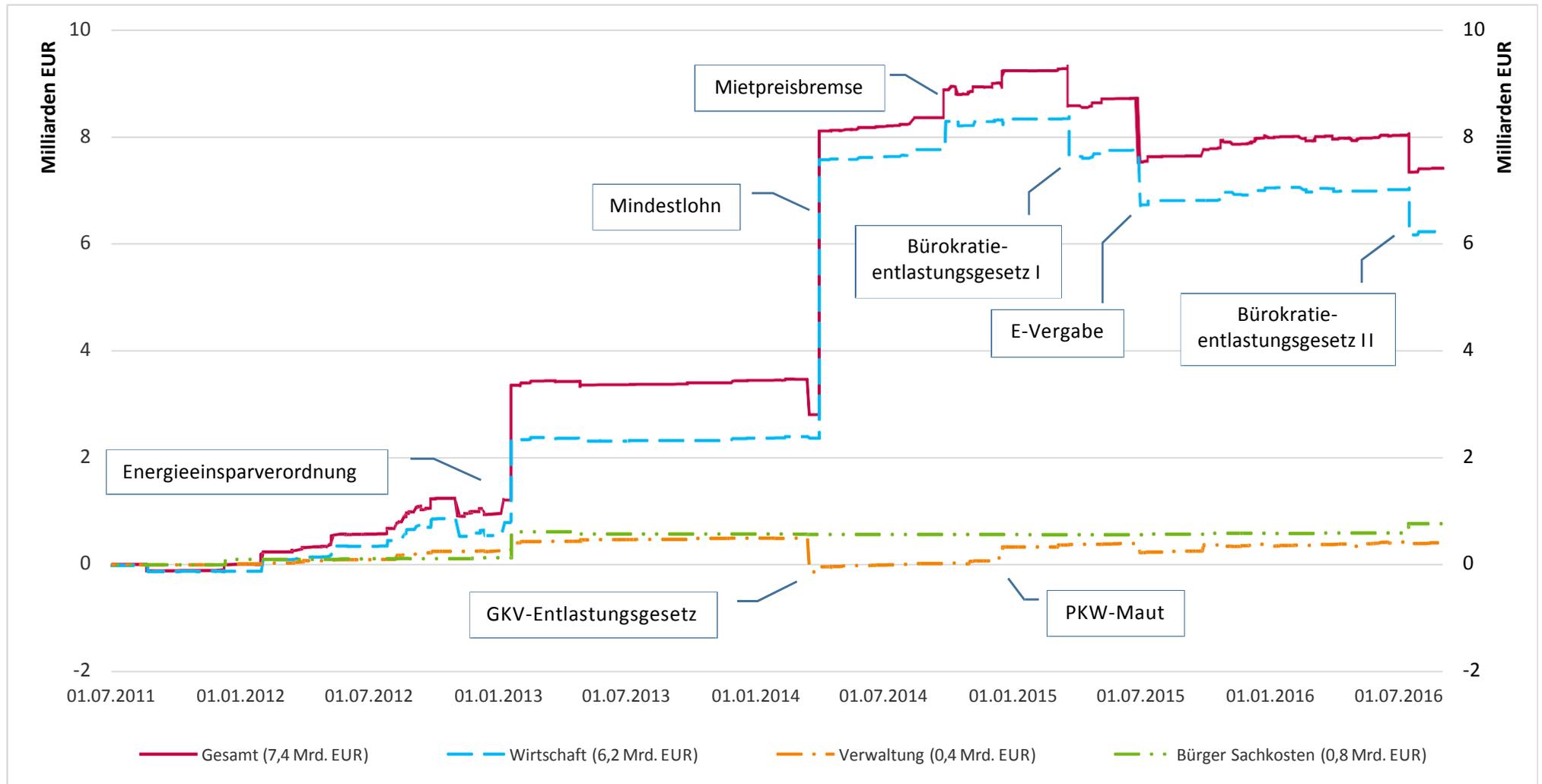
Leitmotiv: Wissen, was man entscheidet!

Wesentliche Maßnahmen zum Erreichen des 25%-Abbauziels



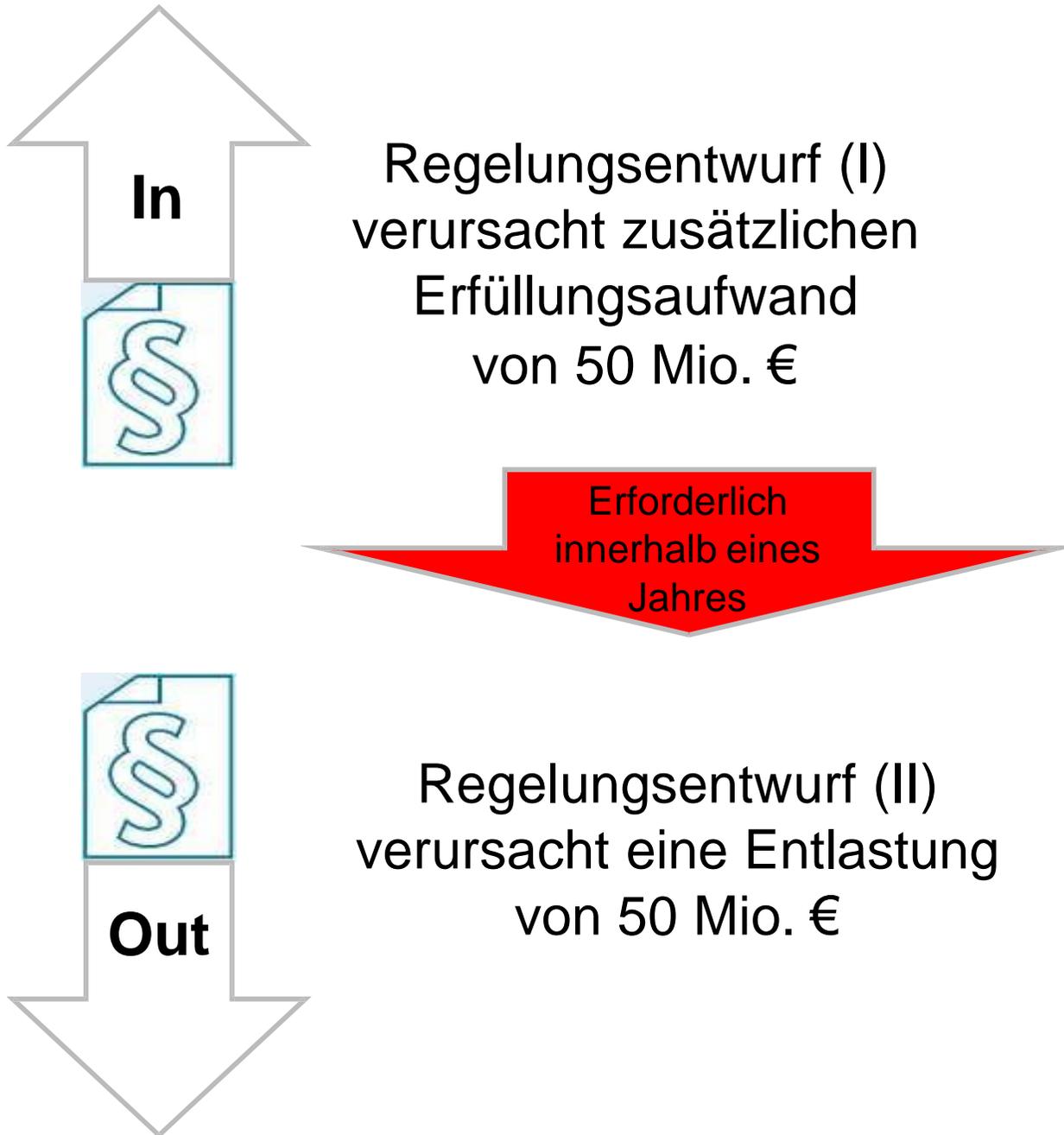


Jährlicher Erfüllungsaufwand bis 31. Oktober 2016





One in, one out - Regel



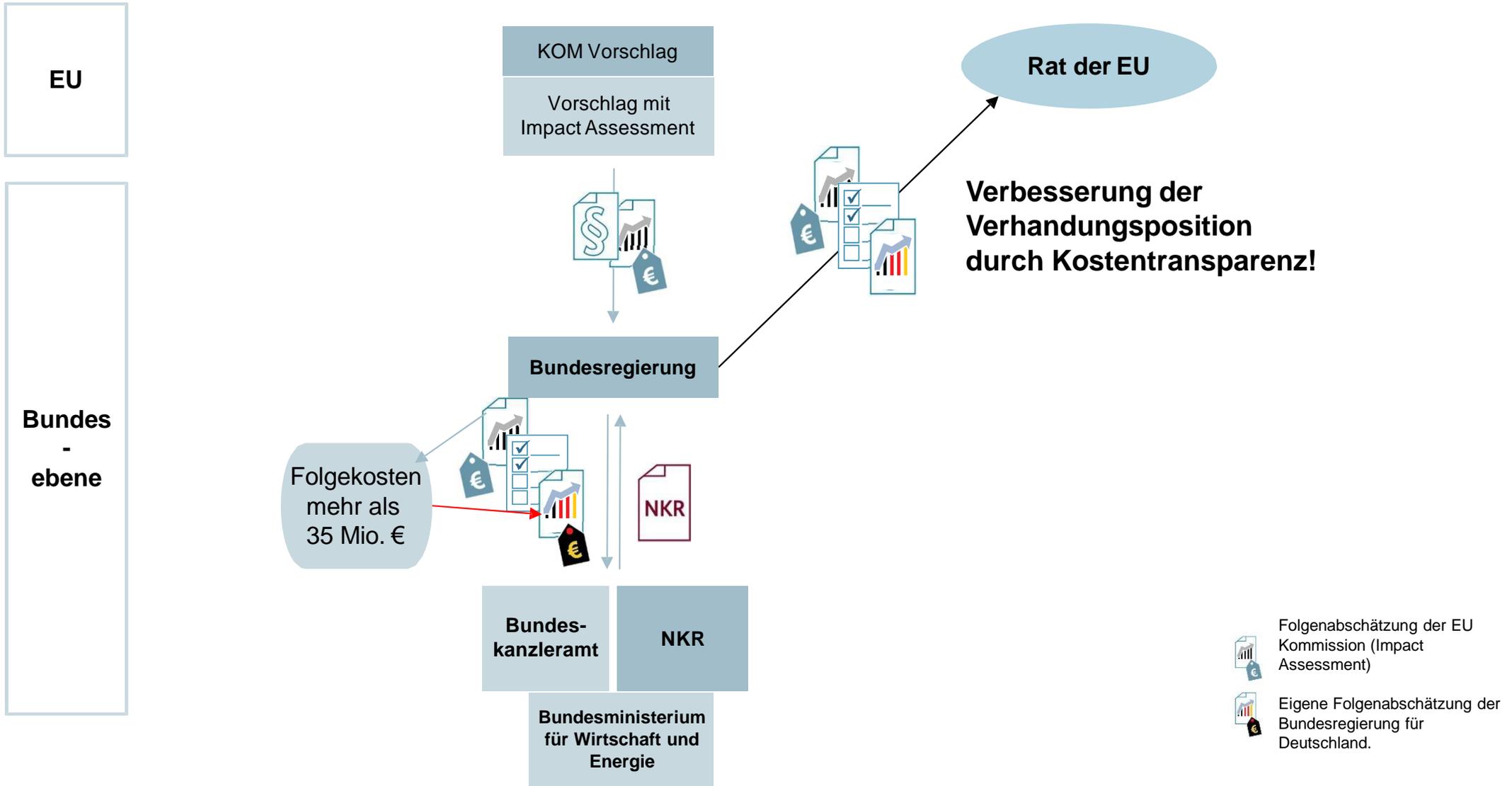
Anwendungsbereich:

- ✓ Alle **Regierungsentwürfe**,
- ✓ Die **zusätzlichen jährlichen Erfüllungsaufwand** verursachen
- ✓ für die Wirtschaft.

Ausnahme:

- 1:1- Umsetzung von **EU-Recht**.

EU ex ante-Verfahren



VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT!

Kontakt

Nationaler Normenkontrollrat
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
Deutschland

Internet: <http://www.normenkontrollrat.bund.de>
E-Mail: nkr@bk.bund.de



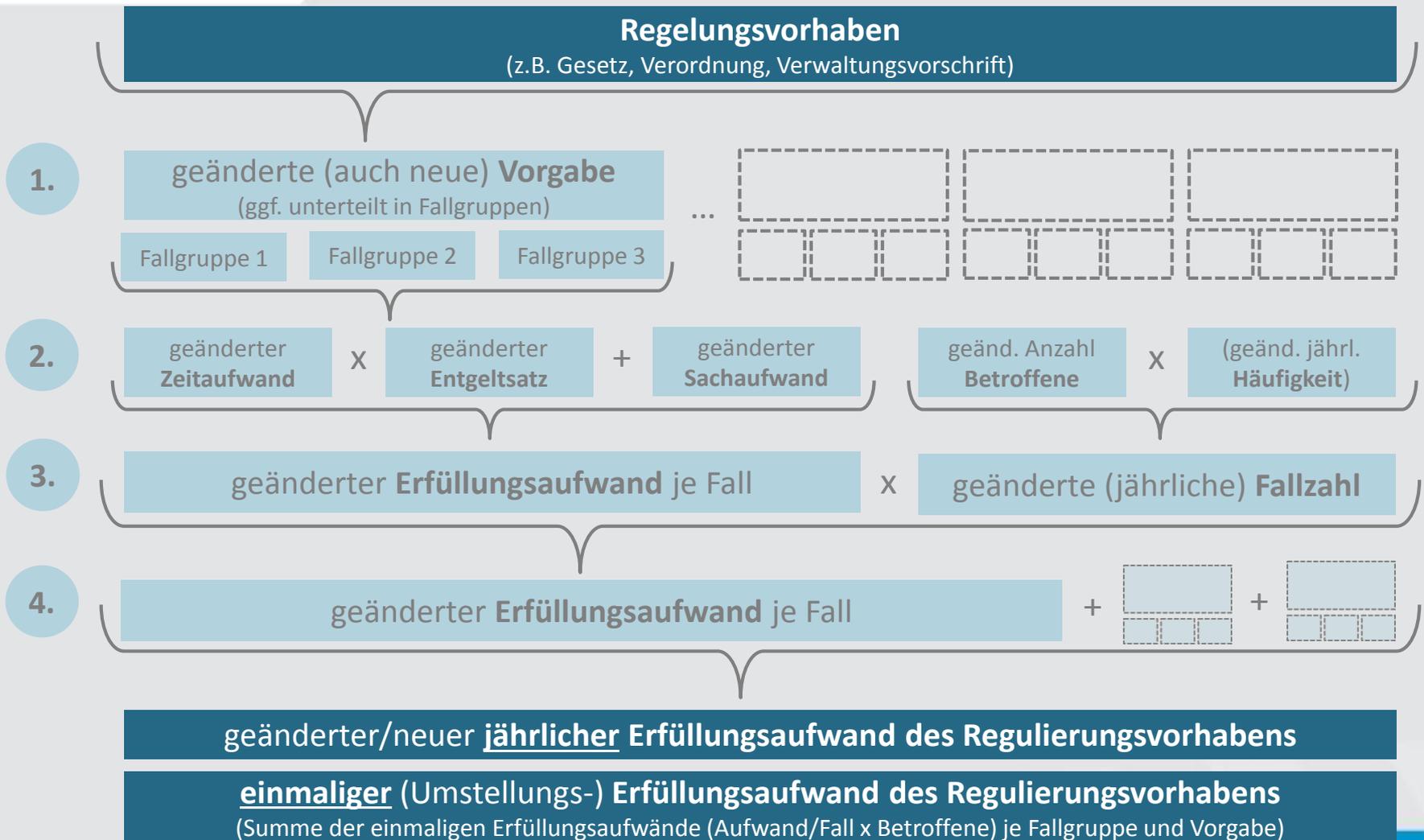
Die Messbarkeit von Bürokratie und ihre Wirkung

21. November 2016

- Erarbeitung der konkreten Änderungen der Unternehmens- und Verwaltungspflichten auf der Basis der Norm sowie Entwicklung eines Befragungskataloges
- Ermittlung und gegebenenfalls Strukturierung der Normadressaten
- Auswahl der Befragungsteilnehmer
- Befragungen zur Abschätzung der Erfüllungsaufwandes der Wirtschaft und der Vollzugslasten der Verwaltung je Fall
- Hochrechnung der erhobenen Ergebnisse anhand der Gesamt-Fallzahlen



Messung des Erfüllungsaufwands



BEISPIEL

Pilotmessung des Erfüllungsaufwands der Wirtschaft und der Vollzugslasten des Landes NRW am Beispiel der europäischen Lebensmittelinformationsverordnung (LMIV) und der Durchführungsverordnung des Bundes

Wissenschaftlicher Leiter: Prof. Dr. Volker Wittberg

30. Juli 2015

vorgelegt dem Auftraggeber:

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen



Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW bei IHK NRW



sowie dem:

Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen



von der:

Staatlich anerkannte, private
**Fachhochschule des
Mittelstands (FHM)**

Nationales Zentrum für Bürokratiekostenabbau



begleitet durch:



Nationaler
Normenkontrollrat



Die
Bundesregierung

D  **STATIS**
wissen.nutzen.

Pflichten der Wirtschaft in NRW



Lfd. Nr./ Bezeichnung	Pflichtadressat	Rechts- grundlage aus der LMIV	inhaltliche Kurzbeschreibung
I Mindest- schriftgröße	Vorwiegend Hersteller	Art. 13 LMIV	<ul style="list-style-type: none"> • Pflichtangaben sind an einer gut sichtbaren Stelle deutlich, gut lesbar und gegebenenfalls dauerhaft anzubringen • Diese dürfen in keiner Weise durch andere Angaben oder Bildzeichen verdeckt, undeutlich gemacht oder getrennt werden • Neue Vorgabe für die Schriftgröße: <ul style="list-style-type: none"> • Mindestens in 1,2 mm großer Schrift (bezogen auf das kleine "x") • Bei kleinen Verpackungen (größte Oberfläche weniger als 80 cm²) muss die Schrift mindestens 0,9 mm groß sein
II Allergenkenn- zeichnung	Hersteller; Für unverpackte Lebensmittel aber auch Bäcker, Marktverkäufer, Gastronomie etc.	§ 2 Vorl LMIV	<ul style="list-style-type: none"> • Die 14 wichtigsten Stoffe oder Erzeugnisse, die Allergien oder Unverträglichkeiten auslösen müssen im Zutatenverzeichnis aufgeführt werden • Neue Vorgabe: Diese Stoffe und Erzeugnisse müssen zusätzlich im Zutatenverzeichnis hervorgehoben werden (z.B. durch Schriftart, Schriftstil oder Hintergrundfarbe) • Neue Vorgabe: Auch bei unverpackter Ware (z.B. Bedienungstheke oder Restaurant) ist eine Information über Allergene verpflichtend • Angabe für Lebensmittel gut sichtbar, deutlich und gut lesbar: <ul style="list-style-type: none"> • Entweder auf einem Schild auf dem Lebensmittel oder in der Nähe des Lebensmittels • Oder auf Speise- und Getränkekarten oder in Preisverzeichnissen • Oder durch einen Aushang in der Verkaufsstätte • Oder durch sonstige schriftliche oder vom Lebensmittelunternehmer bereitgestellte leicht zugängliche elektronische Unterrichtung • Oder durch mündliche Auskunft des über die Verwendung der betreffenden Zutaten oder Verarbeitungshilfsstoffe hinreichend unterrichteten Mitarbeiters, wenn <ul style="list-style-type: none"> • die Angabe auf Nachfrage diesen unverzüglich mitgeteilt wird, • eine schriftliche Aufzeichnung der bei der Herstellung des jeweiligen Lebensmittels verwendeten Zutaten oder Verarbeitungshilfsstoffe vorliegt und • die schriftliche Aufzeichnung für die zuständige Behörde leicht zugänglich ist

Pflichten der Wirtschaft in NRW

Lfd. Nr./ Bezeichnung	Pflichtadressat	Rechts- grundlage aus der LMIV	inhaltliche Kurzbeschreibung
III Herkunfts- kennzeichnun- g	Vorwiegend Hersteller, aber auch zahlreiche kleinere Händler, die an Endverbraucher verkaufen (z.B. Metzger, Fleischereien, Landwirte mit Direktvertrieb, Markthändler; Supermärkte)	Art. 26 Abs. 2 Buchst. b) LMIV Art. 2 Abs. 1 Buchst. e) LMIV	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Vorgabe: Ab April 2015 muss unverarbeitetes und vorverpacktes Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch mit Aufzuchtort und Schlachtort des Tieres gekennzeichnet werden
V Lebensmittel- Imitate	Vorwiegend Hersteller	Art. 17 LMIV Abs. 5	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Vorgabe: Lebensmittel-Imitate haben spezielle Kennzeichnungsvorschriften • Bei Verwendung von Lebensmittel-Imitaten muss der ersatzweise verwendete Stoff in unmittelbarer Nähe des Produktnamens angegeben werden • Schriftgröße der Imitatkennzeichnung muss mindestens 75 % der Größe des Produktnamens betragen und darf nicht kleiner als die vorgeschriebene Mindestschriftgröße sein • Angabe muss zusätzlich im Zutatenverzeichnis erscheinen
VI Raffinierte pflanzliche Öle und Fette	Vorwiegend Hersteller	VII Teil A 9 LMIV	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Vorgabe: Verpflichtende Angabe von raffinierten pflanzlichen Ölen und Fetten nicht nur mit jeweiligen Klassennamen sondern zusätzlich mit der botanischen bzw. pflanzlichen Herkunft • Hinweis auf ein gehärtetes Öl oder Fett muss ggf. mit dem Ausdruck "ganz gehärtet" oder "teilweise gehärtet" versehen sein

Pflichten der Wirtschaft in NRW



Lfd. Nr./ Bezeichnung	Pflichtadressat	Rechts- grundlage aus der LMIV	inhaltliche Kurzbeschreibung
VII Zusammen- gefügte Fleisch- /Fischstücke	Vorwiegend Hersteller	Art. 17 LMIV Abs. 5	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Vorgabe: Zusammengefügte Fleisch- oder Fischstücke müssen zusätzlich den Hinweis "Aus Fleischstücken zusammengefügt" oder "Aus Fischstücken zusammengefügt" tragen
IX Koffeinhaltige Lebensmittel	Vorwiegend Hersteller	Art. 10 Abs. 1 LMIV	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Vorgabe: Getränke mit erhöhten Koffeingehalt müssen Hinweis tragen, dass diese nicht für Kinder, Schwangere und Stillende empfohlen sind (ausgenommen Tee oder Kaffee) und der Koffeingehalt muss angegeben sein • Dies gilt auch für Lebensmittel, die keine Getränke sind, denen aber aus physiologischen Gründen Koffein zugesetzt wurde
X Nanokenn- zeichnung	Vorwiegend Hersteller	Art. 18 Abs. 3 LMIV	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Vorgabe: Alle Zutaten, die in Form technisch hergestellter Nanomaterialien im Lebensmittel vorhanden sind, müssen im Zutatenverzeichnis eindeutig aufgeführt werden • Bezeichnung „(Nano)“ muss auf Zutat folgen
XI Internet- Handel	Zahlreiche Pflichtadressaten denkbar: vom Pizzaboten bis zum Lebensmittel- Großlieferanten	Art. 14 Abs. 1 LMIV	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Vorgabe: Bei vorverpackten Lebensmitteln, die über das Internet verkauft werden, müssen alle Pflichtangaben mit Ausnahme des Mindesthaltbarkeitsdatums und des Verbrauchsdatums schon vor dem Abschluss des Kaufvertrags verfügbar sein • Diese müssen auf der Internetseite erscheinen oder durch andere geeignete Mittel bereitgestellt werden • Dies darf keine zusätzlichen Kosten für den Verbraucher verursachen
XII Angaben zum physikalischen Zustand	Vorwiegend Hersteller	Art. 17 Abs. 5 LMIV	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Vorgabe: Lebensmittel muss Angaben zum physikalischen Zustand aufführen um im Zweifel die Irreführung des Verbrauchers zu vermeiden • Bei Lebensmitteln, die vor dem Verkauf tiefgefroren wurden und aufgetaut verkauft werden, muss der Bezeichnung des Lebensmittels der Hinweis "aufgetaut" hinzugefügt werden

Befragte Unternehmen



Staatlich anerkannte, private
**Fachhochschule des
Mittelstands (FHM)**

Nationales Zentrum für Bürokratiekostenabbau

Handwerk

Ihr Bäcker Schüren
Mühlenbachweg 9
40724 Hilden

Stadtbackerei Westerhorstmann
GmbH & Co.KG
Nürnberger Str.14
40599 Düsseldorf

Hubert Kietsch GmbH
(Metzgerei)
Eickhof 2
33803 Steinhagen

Fleischerei Holzauer
Rintelner Str. 38
32689 Kalletal-
Hohenhausen

Landfleischerei Otto
Reckermann
Schirl 61
48346 Ostbevern

Bäckerei Schollin
GmbH & Co. KG
Gerhard Malina Str.90-96
46537 Dinslaken

Biobäckerei Schomaker
Rathausstr. 20
47509 Rheurdt

Torsten Schade Cafe
Schumacher
Oldentruper Straße 56
33604 Bielefeld

Lebensmittelhersteller

Dr. August Oetker
Nahrungsmittel KG
Lutterstr.14
33617 Bielefeld

Liebhart Holding
GmbH & Co. KG
Am Gelskamp 1-3
32758 Detmold

Dextro Energy GmbH & Co. KG
Otto Hahn Str. 4
40670 Meerbusch

Le.Picant Feinkost GmbH & Co. KG
Industriestraße 4
33758 Schloß Holte-Stukenbrock

Onlinehandel

Das bioAbo
Windrather Str. 161
42553 Velbert

Conditorei Kraume
GmbH
Stapenhorststrasse 10
33615 Bielefeld

Handelshof Management
GmbH
Viktoriastraße 26
51149 Köln

All-Australian & More Sydney
& Frances GmbH & Co. KG
Ettore-Bugatti-Str. 39
51149 Köln

Gut Wilhelmsdorf
Verler Str. 258
33689 Bielefeld

Gastronomie

Speisekammer
Alteburger Straße 18
50678 Köln

Lippischer Kombi-
Service gGmbH
Sachsenstr. 21
32756 Detmold

Brauhaus Joh. Albrecht
Bielefeld
Hagenbruchstraße 8
33602 Bielefeld

Marianne Kaiser & Doris
Wunderlich GbR
Hülsdonk 16
41748 Viersen

Brauhaus Webster
Dellplatz 14
47051 Duisburg

Restaurant Hanseatenstube
Prießallee 16
33604 Bielefeld

Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in €



Staatlich anerkannte, private
**Fachhochschule des
 Mittelstands (FHM)**

Nationales Zentrum für Bürokratiekostenabbau

Sektor	Unternehmens- anzahl in NRW*	Anzahl der Probanden	Erfüllungsaufwand	
			einmalig	jährlich
Handwerk	4.246	8	76 Mio. €	21 Mio. €
	Davon Fleischer 1.733	3		
	Bäcker 2.513	5		
Lebensmittelhersteller	728	4	188 Mio. €	101 Mio. €
	Davon 54 Großunternehmen	1		
	674 KMU	3		
Onlinehandel	1.000 (konservativ geschätzt in Expertenbefragung)	5	74 Mio. €	20 Mio. €
Gastronomie	28.530	6	29 Mio. €	62 Mio. €
Gesamtwirtschaft			367 Mio. €	204 Mio. €

* Quelle: Unternehmensregister IT.NRW

- I. Sich mit der Vorgabe vertraut machen
- II. Beratung
- III. Daten und Informationen sichten und zusammenstellen, Vollständigkeitsprüfung
- IV. Fehlende Daten oder Informationen einholen
- V. Formulare ausfüllen bzw. vervollständigen, Daten erfassen, Kennzeichnungen vornehmen
- VI. Inhaltliche Prüfung, Berechnungen und Bewertungen durchführen
- VII. Ergebnisse prüfen und ggf. korrigieren
- VIII. Informationen abschließend aufbereiten
- IX. Interne oder behördenübergreifende Besprechungen
- X. Datenübermittlung und Veröffentlichung
- XI. Zahlungen anweisen
- XII. Bescheid erstellen
- XIII. Überwachungs- und Aufsichtsmaßnahmen, Risikoklassifizierung
- XIV. Beschaffen von Waren, Dienstleistungen und/oder zusätzlichem Personal
- XV. Anpassen von internen Prozessabläufen
- XVI. Kopieren, verteilen, archivieren, dokumentieren
- XVII. Weitere Informationen bei Rückfragen vorlegen
- XVIII. Teilnahme an Fortbildungen und Schulungen

Befragte Städte und Kreise



Bielefeld



:DÜSSELDORF



Kreis Lippe



KREIS VIERSEN

Vollzugaufwand der Kommunen in €



Kommunen	Aufwand	
	einmalig	jährlich
Kreis Viersen	20.307,75 €	45.932,76 €
Kreis Lippe	40.285,72 €	44.344,06 €
Durchschnitt Kreise	30.296,74 €	45.138,41 €
Kreise NRW (x 31)	939.198,94 €	1.399.290,71 €
Stadt Bielefeld	42.228,44 €	11.004,02 €
Stadt Düsseldorf	75.246,04 €	37.879,83 €
Durchschnitt Städte	58.737,24 €	24.441,93 €
Städte NRW (x 22)	1.292.219,28 €	537.722,37 €
Kommunen NRW	2.231.418,22 €	1.937.013,08 €

9. Rückblick auf die 28. Veranstaltung vom 27. Oktober 2016: Qualité de la réglementation et allégement de la charge administrative

Separatdruck der Berichterstattung in der Zeitschrift LeGes (www.leges.ch, Rubrik: Mitteilungen)

* * *

Le 28ème forum de législation a été consacré à l'allégement des coûts de la réglementation et à la baisse de la bureaucratie, thématique ô combien actuelle comme en témoignent les nombreuses interventions parlementaires déposées sur ces questions, ainsi que les mesures prises ces dernières années par certains cantons, la Confédération, ou l'Union européenne (programme REFIT).

* * *

La question des coûts de la réglementation a fait l'objet de mesures législatives dans certains cantons (tels que les cantons d'Argovie, de Bâle-Campagne ou de Bâle-Ville). Parmi eux le **canton de Zurich**, qui a adopté, en 2009, une **loi sur l'allégement administratif des entreprises** (EntlG; ZH-Lex 931.0), et dont Madame Sandra Bachmann nous a présenté les détails. Cette loi, adoptée le 9 janvier 2009, et entrée en vigueur le 1er janvier 2011, est le contre-projet présenté par le Conseil d'Etat zurichois à l'initiative populaire de 2006 de l'Union cantonale des arts et métiers pour alléger administrativement les PME (KMU-Entlastungsinitiative). Elle prévoit des devoirs généraux pour l'administration cantonale, tels que celui de favoriser les échanges électroniques ou de conserver un nombre restreint d'autorités ou d'offices de contact. La loi prescrit également la mise en place d'un office d'information et de coordination (ci-après «l'office»), dont les tâches principales sont d'examiner le droit en vigueur, de mettre en place une procédure d'analyse d'impact de la réglementation (AIR) et d'instituer d'autres mesures plus précises.

L'évaluation du droit en vigueur a déjà eu lieu et s'est déroulée de 2011 à 2014. L'office a été assisté dans son travail par une commission composée de membres de l'administration cantonale et des milieux économiques. Cette dernière était chargée de choisir les actes législatifs, respectivement les procédures, à évaluer. Elle a identifié treize domaines à examiner de manière approfondie. L'examen a montré que ce n'est pas des normes en particulier qui entraînent une surcharge administrative, mais bien la somme de dispositions relevant de la Confédération, des cantons et des communes, et qu'une grande partie du problème vient de la mise en oeuvre hétérogène de ces dernières.

Les directives régissant la procédure pour les AIR ont été adoptées par le Conseil d'Etat en 2011 (Richtlinien für die Durchführung der Regulierungsfolgeabschätzung und für die Prüfung des geltenden Rechts vom 26. Oktober 2011). Les AIR, qui doivent permettre d'évaluer les nouveaux actes législatifs ou leur modification, sont menées par les offices compétents, qui sont assistés par la « Ausbildungssequenz » de la direction de l'économie ainsi que par l'office. Elles doivent être faites si, après un examen préalable, l'office compétent arrive à la conclusion que la mesure envisagée est susceptible d'entraîner une charge administrative pour les entreprises. Dans le cadre de la réalisation de l'AIR, sont ensuite examinés le nombre d'entreprises concernées, le type de charge administrative, son intensité et sa fréquence, sa proportionnalité ainsi que les alternatives de réglementation.

Cet instrument a été évalué en 2014. Il en est ressorti que seul un cinquième des AIR menées l'ont été conformément aux directives du Conseil d'Etat. Par ailleurs, dans les deux-tiers des cas, l'évaluation quantitative de la charge administrative manquait. Il est prévu d'améliorer ce processus, en consolidant l'examen préalable et en élaborant une documenta-

tion uniforme pour la présentation de son résultat ainsi qu'en améliorant le catalogue des questions de l'AIR et les indications pour l'évaluation de l'importance de la charge administrative.

Parmi les autres mesures mises en place par le canton de Zurich, citons la création d'un centre de renseignements, la possibilité pour les entreprises de soumettre leurs requêtes en vue d'obtenir une autorisation en ligne, ou encore la création d'une banque de données permettant d'avoir une vue d'ensemble des activités nécessitant une autorisation ou une annonce.

Madame Bachmann tire un bilan mitigé de la mise en oeuvre de la loi sur l'allégement administratif. Globalement, malgré les mesures susmentionnées, la charge administrative reste haute. La thématique n'intéresse pas beaucoup le monde politique, et l'économie s'investit peu dans la mise en oeuvre de solutions concertées. Par ailleurs, les collaborateurs de l'administration cantonale ne voient pas toujours les avantages à mettre en oeuvre ces mesures et la compréhension vis-à-vis des entreprises n'est pas partout la même. Enfin, force est de constater que les mesures contre la bureaucratie ont aussi un prix. D'autres instruments, plus largement acceptés, sont plébiscités. Le canton de Zurich devrait en examiner neuf d'ici la fin de l'année.

* * *

Le Forum s'est poursuivi par une contribution du Prof. Felix Uhlmann relative à une étude qu'il a coréalisée l'année dernière sur mandat du canton des Grisons. Ce canton a entrepris, depuis quelques années, d'améliorer sa législation. Il a dans ce but adopté plusieurs mesures, telles que le projet «Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtssetzung und Rechtsanwendung (VFRR)», la formation des collaborateurs de l'administration cantonale ou encore l'élaboration de guides.

L'étude qui a été présentée en fait partie. Il s'agit d'une **recherche empirique sur l'état de la législation du canton des Grisons**, le but était de pouvoir analyser de manière documentée l'activité législative et le volume de la réglementation de ce canton, en le comparant à ceux des autres cantons. L'étude constitue une base pour une éventuelle étude ultérieure qualitative ou pour l'élaboration de recommandations concernant la portée de dispositions légales particulières, leur compréhensibilité ou leur densité. Cette étude fait par ailleurs figure de pionnière dans la mesure où il n'existe actuellement, ni au plan fédéral, ni au plan cantonal, de chiffres sur le volume et la dynamique du droit cantonal. L'étude porte d'une part sur l'activité législative (de 1910 à 2013) dans les cantons – soit toute modification ou abrogation de textes – et d'autre part sur le volume de leur législation (de 2006 à 2013) – soit le nombre de caractères des textes. Pour la première, on a consulté, manuellement, les recueils et les bulletins officiels. Pour la seconde, on a procédé à une recherche dans les recueils systématiques sur Lexfind (www.lexfind.ch). Les textes législatifs ont par ailleurs ensuite été catégorisés selon leur type (constitution/loi/ordonnance etc.; conventions intercantionales et concordats; autres) et selon l'organe dont ils émanent (exécutif/législatif; tiers [par ex. un tribunal]; autres).

Il en ressort que le canton des Grisons est, sur ces deux aspects, en dessous de la moyenne suisse, c'est-à-dire qu'il régule de manière modérée. Les cantons arrivant en tête étant, s'agissant du nombre de caractères, Vaud, Zurich et Neuchâtel et, s'agissant de l'activité législative (pour la période de 2004 à 2013), Vaud, Zurich et le Tessin. L'étude montre aussi que la législation grisonne est en 2013 composée à raison de 50 % d'ordonnances, 25 % de lois, 10 % de conventions intercantionales et 15 % d'autres textes. Les actes législatifs émanent principalement de l'exécutif (45 %, contre 30 % pour le législatif et 25 % pour d'autres organes). En revanche, le législatif produit à lui seul plus de 45 % des caractères (35 % pour l'exécutif et 20 % pour les autres) de la législation cantonale. Enfin, alors que l'activité admi-

nistrative au niveau de la loi était au début du siècle et dans les années 60 la même, soit d'environ de 10 %, elle est passée pour la période de 2004 à 2013 à 20 %. L'activité de l'exécutif s'est aussi développée pendant cette période jusqu'à devenir prépondérante. Globalement, l'activité du législatif reste cependant élevée. L'étude montre aussi sans surprise que le volume de la législation n'est pas le même selon les domaines.

Le Prof. Uhlmann relève pour conclure que l'étude laisse une série de questions ouvertes. Ainsi, elle ne dit par exemple pas quelle est l'importance de la légistique sur la qualité de la législation, ni quelle est la part respective de la législation qui devrait échoir au législatif et à l'exécutif, ni encore s'il y a des fluctuations (en terme de volume et d'activité) selon les domaines.

* * *

Pour clore l'après-midi, Monsieur Nicolas Wallart a présenté **les instruments actuels et futurs visant à maîtriser la régulation et ses coûts au plan fédéral**. Selon une étude réalisée en 2014 sur mandat du Secrétariat d'Etat à l'économie (GfK Switzerland SA, Monitoring de la bureaucratie), 54 % des entreprises suisses interrogées estiment leur charge administrative élevée ou très élevée. Les principaux domaines concernent l'hygiène alimentaire, la construction, la formation professionnelle et la présentation des comptes/révision. Ce pourcentage, compte tenu des régulations grandissantes dans certains secteurs (p.ex. Stratégie Energie 2050, mise en oeuvre de l'art. 121a Cst; égalité des salaires, initiative Minder) est susceptible d'augmenter encore, ce qui pourrait faire plonger la Suisse un peu plus dans le classement des pays offrant un environnement favorable aux affaires établi par la Banque mondiale (classement Doing Business 10).

Le Conseil fédéral est attentif à cette problématique. Il a ainsi, ces dernières années, examiné plusieurs fois la situation (en 2006 11, en 2011 12 et en 2015 13) dans le cadre de l'élaboration de rapports sur l'allégement administratif des entreprises. Ces rapports prévoient tous des mesures à prendre au plan fédéral, qui ont été – à l'exception des mesures de 2015 – pour la plupart réalisées. Par ailleurs, en 2013, il a élaboré un rapport sur les coûts de la réglementation, qui contient 32 mesures, dont 21 vont être réalisées d'ici la fin de cette année. Le Conseil fédéral a également institué, en 1998, le Forum PME, afin de tenir compte le mieux possible des intérêts des petites et moyennes entreprises. Enfin, au plan méthodologique, il a mis en place l'instrument de l'analyse d'impact de la réglementation (AIR), pour les nouvelles réglementations, et celui du «Check-up de la réglementation», pour les réglementations existantes.

Beaucoup voient dans ce domaine un besoin d'agir. Au niveau politique, plusieurs interventions parlementaires ont ainsi été déposées. Elles visent à ce que soient prises des mesures telles que, par exemple, la création de bases légales pour les AIR, l'examen des coûts de la réglementation par un organe indépendant, la soumission de certaines réglementations à une majorité qualifiée dans les deux conseils et dans le cadre du vote sur l'ensemble, la mise en place d'un système de «one-in-one-out», la favorisation de l'autorégulation ou encore la renonciation à des réglementations trop détaillées.

Die Unterlagen zu den Themen des Forums für Rechtsetzung finden Sie unter:

www.bj.admin.ch > Staat & Bürger > Legistik > [Forum für Rechtsetzung](#)

Impressum

Der Newsletter für das Forum für Rechtsetzung wird vom Bundesamt für Justiz in drei Ausgaben jährlich herausgegeben und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Forums für Rechtsetzung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Bundesverwaltungseinheiten mit Querschnittsfunktionen in der Rechtsetzung per Mail zugestellt. Weitere Interessenten können den Newsletter kostenlos [abonnieren](#).

Bundesamt für Justiz, Direktionsbereich öffentliches Recht, Bundesrain 20, 3003 Bern. Telefon: +41 31 322 41 37, Telefax: +41 31 322 84 01, E-Mail: legisforum@bj.admin.ch.

www.bj.admin.ch > Staat & Bürger > Legistik > [Forum für Rechtsetzung](#)